

**GEMÜSESTROM** Die Stadt Bern prüft, ob sie Energie aus der Vergärung organischer Abfälle nutzen kann – Knackpunkt sind die Betriebskosten. Seite 25

# BERN

**WENDEHALS** Der seltene Zugvogel, der seit Kurzem in die Weinberge am Bielersee einkehrt, prangt neuerdings auf einem Weinetikett. Seite 29

## Die Firma hinter den Sozialinspektoren

Die **ABS Betreuungsservice AG** schickt im Auftrag vieler Gemeinden Sozialinspektoren auf die Pirsch – neuerdings in Biel, Köniz und Ittigen

Die private ABS Betreuungsservice AG aus Pratteln BL profitiert von der Krise des öffentlichen Sozialwesens. Sie führt, reorganisiert, berät Sozialdienste – und verzeichnet dabei ein steiles Umsatzwachstum. Seit drei Jahren stellt sie auch Sozialinspektoren.

ANDREAS LÜTHI

Vorige Woche hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern ein Pilotprojekt vorgestellt. Bis im Herbst sollen in vier Gemeinden Sozialinspektoren nach Missbräuchen in der Sozialhilfe fahnden. Der Kanton reagiert damit auf spektakuläre Fälle, bei denen bei Sozialhilfeempfängern der Besitz teurer Autos ans Tageslicht kam. Während die Stadt Bern eigene Inspektoren anstellt, arbeiten die Pilotgemeinden Biel, Ittigen und Köniz mit Privatfirmen zusammen. Dabei kommt in allen drei Gemeinden vor allem die ABS Betreuungsservice AG aus dem basellandschaftlichen Pratteln zum Zug.

ABS verfüge über grosse Erfahrung in diesem Bereich, sagt der Kantonizer Gemeinderat Ueli Studer (svp). Zudem stelle die Firma nicht nur Sozialinspektoren, sondern betreibe selber Sozialdienste. «Die wissen, wovon sie sprechen», sagt Studer. Schliesslich überzeuge auch die Professionalität des Personals. Der Bieler Gemeinderat Pierre-Yves Moeschler (sp) führt die guten Referenzen der Stadt Basel ins Feld, die für den Zuschlag an ABS gesprochen hätten.

### Breite Palette an Produkten

ABS ist eine der grössten Sozialfirmen in der Schweiz, in der Nordwestschweiz führt sie den Markt an. Angefangen hat sie im Jahr 1998 mit der Betreuung von Asylsuchenden. Zwei Jahre danach übernahm ABS die Führung des ersten Sozialdienstes. Später wurde sie mit Regionalisierungen im Asylwesen und bei Sozialdiensten betraut. Auch übernahm sie die Sanierung von Liegenschaften und erweiterte ihre Produktpalette mit Deutschkursen und Beschäftigungsprogrammen. Der Umsatz stieg innert weniger Jahre auf über sechs Millionen Franken an. Heute beschäftigt ABS



Niggi Rechsteiner fahndet mit seinem Team nun auch im Kanton Bern nach Missbräuchen in der Sozialhilfe.

DOMINIK PLUESS

rund 40 Mitarbeitende und betreut 650 Personen im Sozial-, 580 Personen im Asylbereich, dazu sind 65 Liegenschaften in ihrer Obhut.

### Bei 80 Prozent Sanktionen nötig

Vor drei Jahren hat die Firma ein «neues Produkt» lanciert. Nach medienwürdigen Missbrauchsfällen wurde schweizweit der Ruf nach Detektiven laut, die bei Verdacht auf Missbrauch dem Lebenswandel der Sozialhilfeempfänger nachspüren. Politisch umstritten blieb bis heute, wie hoch die Zahl der Missbräuche ist – sie wird auf zwischen 1 und über 20 Prozent der Sozialhilfebezüge geschätzt. Politisch umstritten bleibt auch, inwiefern verdeckt, also ohne Wissen der Klienten, ermittelt werden darf.

Bisher habe die Firma rund 500 Fälle abgeklärt, sagt Niggi Rechsteiner, stellvertretender Geschäftsführer der ABS. «Meines Wissens hat bisher niemand in der Schweiz eine so breite Erfahrung.» Bei den meisten von Sozialdiensten gemeldeten und von seiner Firma untersuchten Verdachtsfällen sei «etwas dran», bei et-

wa 80 Prozent von ihnen liege ein Missbrauch vor, der Sanktionen des Sozialdienstes erfordere. Rund ein Zehntel davon seien «relativ happige

Fälle, zum Beispiel Bezüger, die gar nicht in der Schweiz wohnen». Die übrigen Fälle seien vor allem nicht deklarierte Einkommen, Unterver-

mietungen von Wohnungen und Selbstständigerwerbende, die mehr verdienen, als sie dem Sozialdienst deklarierten. Die Zahl der strafrecht-

lich relevanten Missbräuche sei nicht erhoben.

Die Leistungsabklärer – wie die ABS die Sozialinspektoren nennt – gehen systematisch vor. «Zunächst studieren wir die Dossiers, dann recherchieren wir die Quellen der Gemeindeverwaltung», sagt Rechsteiner. Danach mache man zu zweit einen unangekündigten Hausbesuch. Bei weiblichen Verdächtigen sei immer eine Frau dabei. Bei diesen Besuchen sehe man schon viel. «Es kommt vor, dass 3000 Franken auf dem Küchentisch liegen.» Auch geschehe es, dass beim Klingeln und warten vor einer Türe Nachbarn vorbeikämen und erzählten.

Es gebe aber Fälle, wo die offene Recherche unbefriedigend bleibe, sagt Rechsteiner. Wenn es die Gesetzeslage einer Gemeinde zulasse, fahre man dann mit verdeckten Beobachtungen oder Nachfragen weiter. Im bernischen Pilotprojekt sei dies nur in Köniz möglich, wo die Gemeinde dafür extra ihre Bestimmungen geändert hat. Eine klassische Situation sei, dass man zum Beispiel im Restaurant sitze und sich von der illegal arbeitenden Sozialhilfebezüglerin bedienen lasse. «Wir montieren aber keine Abhörwanzen.» Die verdeckte Ermittlung beschränke sich auf den öffentlichen Raum, da sei «schon viel möglich», sagt Rechsteiner.

### Grund ist Personalmangel

Als Leistungsabklärer stellt die ABS nur Personen an, «die mit beiden Beinen auf dem Boden stehen», Gespräche führen könnten und hohe Sozialkompetenz aufwiesen, wie Rechsteiner sagt. Beruflich hätten die meisten vorher als Sozialarbeiter, Detektive oder Polizisten gearbeitet. Angestellt würden in der Regel regional verankerte Leute. Derzeit hat ABS sechs Leistungsabklärer.

Der Hauptgrund für den Missbrauch sieht Rechsteiner im Personalmangel von den Sozialdiensten. Es gebe Sozialdienste, die führe ein Mitarbeiter 150 Fälle. Da sei eine nachhaltige Betreuung nicht mehr möglich. Viele Missbrauchsfälle könnten schon durch «häufigeres Sehen» der Klienten verhindert werden. «Das schafft Vertrauen und mehr Transparenz.» Und noch besser sei es, wenn Zeit bleibe für gewisse Zielvereinbarungen, Zielkontrollen und – wo nötig – konsequente Sanktionen.

## Staatliche Aufgaben bei Privatfirmen

Mit Aufträgen an die ABS Betreuungsservice AG wird die Erfüllung staatlicher Aufgaben an eine Privatfirma ausgelagert. «Wir warten gespannt auf die Ergebnisse des Pilotprojekts», sagt Helmut Jost, Kopräsident der Berner Konferenz für Sozialhilfe und Vormundschaft. Wichtig sei, dass die Dienste von «fachlich versierten Personen» ausgeführt würden. Ob diese privat oder öffentlich angestellt seien, sei eine untergeordnete Frage. In der individuellen Sozialhilfe seien die privaten Dienste noch ungewohnt. In der institutionellen Sozialhilfe – also bei Heimen, der Suchtprävention usw. – seien Leistungsverträge zwischen Kanton und Privaten längst eta-

biert. Nicht die staatliche Aufgabe werde ausgelagert, sondern deren Erfüllung, sagt Isabelle Bohrer, Geschäftsführerin von Avenir Social. «Die Verantwortung liegt nach wie vor beim Staat», der auch Private kontrolliere.

Kritische Worte kommen vom Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD). Die Sozialdienste seien heute überlastet, sagt Blaise Kropf. Gäbe es genügend Personal, würde sich die Diskussion um den Missbrauch und die Sozialinspektoren entschärfen, ist er überzeugt. Dass man im Rahmen des Pilotprojekts nicht gleich neue Stellen schaffe, sei verständlich. Falls die Inspektoren aber weitergeführt würden,

erachtet Kropf es «als zwingend», dass dies über die öffentliche Hand laufe. Das Sozialwesen gehöre wie die Polizei zu den zentralen staatlichen Aufgaben.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe habe bisher keine offizielle Haltung zum Thema, sagt Geschäftsführer Ueli Tecklenburg. Persönlich sieht er zwei heikle Punkte. «Oft wird gesagt, private Firmen arbeiteten günstiger als die öffentliche Hand.» Da die Ansätze für die Klienten fix seien, bestehe eine «gewisse Gefahr», dass bei Löhnen der Mitarbeitenden gespart werde. Heikel sei zudem, dass Private staatliche Macht ausübten. «Rechtlich muss das klar abgesichert sein.» (al)

## Stadtberner Fremdenpolizei am Anschlag

Immer mehr und immer komplexere Fälle: Die elf Beamten konnten 2007 in 847 Fällen ihrer Aufgabe nicht nachkommen

Um den Vollzugsnotstand zu beheben, fordert die CVP fünf zusätzliche Stellen bis spätestens 2009. «Der Handlungsbedarf ist erkannt», sagt Gemeinderat Stephan Hügli.

BERNHARD OTT

Wer sich illegal in der Stadt Bern aufhält oder schwarzarbeitet, hat gute Chancen, nicht entdeckt zu werden: Aufgrund fehlender Ressourcen konnte die Fremdenpolizei im letzten Jahr in 847 Fällen ihrer Aufgaben nicht nachkommen. In 240 Fällen ging es um Schwarzarbeit, in 438 Fällen um illegalen Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern. Die restlichen 169 Vorgänge betrafen das Rotlichtmilieu.

«Wir stossen die Pendenzen seit vier Jahren wie einen Berg vor uns her», sagt Alexander Ott, Bereichs-

leiter der städtischen Fremdenpolizei. Dabei wachse der «Berg» für die elf Mitarbeitenden der Fremdenpolizei tendenziell an. «Es ist eine Sisyphusarbeit. Wir registrieren die Pendenzen und warten.» Ob ein Hinweis weiterverfolgt werde oder nicht, hänge von der Konkretion der Anhaltspunkte und der Schwere des vermuteten Deliktes ab, erklärt Ott.

### Eine langjährige Forderung

Für CVP-Stadtrat Reto Nause sind diese Zustände unhaltbar. «Die Lage ist ernst.» Es gehe ja nicht darum, schärfere Gesetze zu fordern, sondern die geltenden Regeln zu vollziehen. Nause will nächste Woche im Stadtrat eine Motion einreichen, mit welcher er den Gemeinderat auffordert, «möglichst bald, sicher aber ab 2009» fünf zusätzliche Stellen zu schaffen. Die Forderung ist nicht neu: Die stadträtliche

Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) hatte bereits 2005 mit grossem Mehr einen interfraktionellen Vorstoss überwiesen, der vermehrte Kontrollen der Fremdenpolizei zum Schutz von Cabaret-Tänzerinnen verlangte. Die Finanzkommission beantragte daraufhin eine Aufstockung der Fremdenpolizei von 11 auf 15 Mitarbeitende.

### Auf Kosten der Kultur?

Aufgrund der angespannten Finanzlage hat der Gemeinderat aber anders entschieden und die Fremdenpolizei auf Anfang 2008 um bloss eine Stelle ergänzt. Immerhin wurde die geforderte Aufstockung in die Finanzpläne bis 2011 respektive 2012 aufgenommen. «Das reicht nicht», sagt Nause. «Das Problem ist jetzt akut.»

Bereits während der Euro 08 sei mit einer weiteren Zunahme der il-

legalen Prostitution und der organisierten Bettelei zu rechnen. Die finanziellen Einwände von einst lässt Nause unter Hinweis auf den Überschuss in der letztjährigen Rechnung der Stadt Bern nicht mehr gelten. «Der Gemeinderat muss die Prioritäten anders setzen.» Schliesslich sei es der Stadt in den letzten Jahren auch möglich gewesen, die Kulturausgaben zu steigern, sagt Nause.

### Frepo hat mehr Aufgaben

Alexander Ott von der Fremdenpolizei möchte das Fuder nicht überladen. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Gemeinderat noch in diesem Jahr die Schaffung einer oder zweier Stellen in Auftrag geben würde. Hierfür ist ihm die Unterstützung der Präsidentin der Finanzkommission sicher. «Wer kann schon etwas gegen die Bekämpfung von Menschenhandel einwen-

den?», fragt Dolores Dana (fdp) rhetorisch. Die in den Finanzplänen vorgesehene Aufstockung sei aber bloss ein «Wunschkonzert». Spätestens beim Besuch der Finanzdelegation im Polizeinspektorat kommenden August solle der Vollzugsnotstand thematisiert werden. Schliesslich würden mehr und mehr fremdenpolizeiliche Aufgaben von Bund und Kanton auf die Gemeinden übertragen, sagt Dana. So gehe es zurzeit um die Umsetzung der vom Volk beschlossenen Revision des Asyl- und Ausländergesetzes und um die Vorbereitung der Integrationsvereinbarungen.

### Hügli stellt Stellen in Aussicht

Die Forderung nach Aufstockung der Fremdenpolizei stösst bei der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) auf offene Ohren. «Der Gemeinderat hat den Handlungsbedarf erkannt»,

sagt Gemeinderat Stephan Hügli (parteilos). Vor zwei Jahren habe die Stadtregierung einen zusätzlichen Bedarf von sechs Stellen definiert und diesen in den Finanzplan aufgenommen. Zwei Stellen sollten bei der Gewerbepolizei, die restlichen vier bei der Fremdenpolizei geschaffen werden.

Hügli weist darauf hin, dass der Gemeinderat bereits per Anfang 2008 zwei Stellen bewilligt habe. «Über die Schaffung der weiteren Stellen befindet der Gemeinderat diesen Sommer aufgrund der Auswirkungen der bisherigen Aufstockung», sagt Hügli. Die Fallbearbeitung bei der Fremdenpolizei werde in der Tat komplexer und die Recherchen komplizierter. Der Bedarf müsse jedoch ausreichend nachgewiesen werden. «Der Gemeinderat tut sich generell schwer mit der Schaffung neuer Stellen», sagt Gemeinderat Hügli.